

31. Januar 2018

Postulat

von Alexander Brunner (FDP)
und Shaibal Roy (GLP)

Der Stadtrat wird gebeten zu prüfen, wie jeweils mindestens die Hälfte der für Entwicklungshilfe im Ausland gesprochenen Geldern für die Förderung von lokalen KMU mittels Impact Investments und Financial Inclusion eingesetzt werden kann. Um die Nachhaltigkeit solcher Investments sicherzustellen, sollen KMUs finanziert werden, welche sich an den Zielsetzungen der UN Sustainable Development Goals orientieren.

Begründung

Über die Jahre hat sich gezeigt, dass die Wirkung einer isolierten Entwicklungshilfe häufig unzureichend ist. Der Ex-Botschafter der Schweiz, Dominik Langenbacher, hat es so formuliert: „Heute ist die Entwicklungshilfe eine Industrie mit einem riesigen Reibungsverlust. Viel Geld bleibt kleben: bei Konferenzen, bei den Experten, bei den Regierungen, bei den Hilfsorganisationen.“ In dasselbe Horn stösst der Wirtschaftsnobelpreisträger Angus Deaton. Laut ihm wirkt erwiesenermassen nur Wirtschaftswachstum bei der Armutsbekämpfung.

Vermeehrt macht sich im Entwicklunghilfesektor die Überzeugung breit, dass KMUs mittels Investitionen zu fördern sind. Führende Institutionen wie das Hilfswerk Oxfam in den UK, die Oversea Private Investment Corporation (OPIC) in den USA oder das Staatssekretariat für Wirtschaft (SECO) mit dem Swiss Investment Fund for Emerging Markets (SIFEM), orientieren sich um. Sie bewegen sich weg von reinen Spenden hinzu zu Wachstumsfinanzierungen von KMUs in Schwellenländern. Denn nur wenn die lokale Wirtschaft gestärkt wird, wird eine langfristige Lebensgrundlage geschaffen. Die Schaffung von formellen Arbeitsplätzen kommt eine herausragende Bedeutung zu. Es ist der erste Schritt zur wirtschaftlichen Selbstständigkeit.

Weltweit und insbesondere in Schwellenländern sind über 95 Prozent der Firmen Kleinst- und Kleinfirmen. 80 Prozent aller neuen Jobs in Schwellenländern werden da geschaffen. Um zu wachsen und neue Stellen zu schaffen, brauchen diese KMUs Finanzierungen. Diese stehen häufig vor Ort nicht zur Verfügung. Seit Jahren füllen spezialisierte Finanzinstitute diese Lücke.

Noch heute haben schätzungsweise zwei Milliarden Menschen keinen Zugang zu Finanzdienstleistungen wie einem Bankkonto, Geldüberweisungen, Versicherungen oder Kredite. Ohne diese Basisfinanzdienstleistungen kann kaum Wirtschaftswachstum erfolgen. Wirtschaftswachstum wiederum ist eine Bedingung zur Armutsbekämpfung. Die Armutsbekämpfung wie die Förderung von Unternehmen und des Wirtschaftswachstum gehören zu den 17 UN Sustainable Development Goals. Um die Nachhaltigkeit solcher Investments sicherzustellen, sollen KMUs selektiert werden, welche die Zielsetzungen der UN Sustainable Development Goals unterstützen (<http://www.un.org/sustainabledevelopment/sustainable-development-goals/>). Solche Wachstumsfinanzierungen, auch von Schweizern Anbietern, richten sich heutzutage vermehrt auf spezifische Themen und Länder aus. In den letzten Jahren gab es beispielsweise vermehrt Finanzierungsprojekte für frauengeführte KMUs oder für landwirtschaftliche Gemeinschaften.

 